



HESSISCHER LANDTAG

06.08.2025

Kleine Anfrage

**Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Julia Herz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 25.06.2025**

Rechtsextreme Vorfälle an Schulen

und

Antwort

Minister für Kultus, Bildung und Chancen

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut aktuellen Medienberichten der hessenschau und von Zeit Online haben sich rechtsextreme Vorfälle an hessischen Schulen im Jahr 2024 mit 167 gemeldeten Fällen im Vergleich zum Vorjahr in etwa vervierfacht.

Damit verzeichnet Hessen im Ländervergleich den stärksten prozentualen Anstieg. Gemäß einer Anfrage des Hessischen Rundfunks wurden allein bis zum 20. März 2025 bereits 31 Vorfälle gemeldet. Zum Vergleich: Im gesamten Jahresverlauf 2023 wurden laut hessenschau 37 Fälle gemeldet. Diese besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahre wirft Fragen nach präventiven Maßnahmen und Unterstützungsangeboten für Schulen und Schulämter auf.

Vorbemerkung Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Rechtsextremistisches Gedankengut hat weder an Schulen noch in der Gesellschaft insgesamt einen Platz. Das Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) stellt sich jeder Form des Extremismus mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Projekten entgegen, damit neben dem Unterricht Vorurteile und extremistische Haltungen abgebaut und demokratische Werte und Haltungen bei Schülerinnen und Schülern gestärkt werden. Weil gleichwohl extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen existieren, ist klar, dass unsere Werteordnung, basierend auf den Grundrechten, immer wieder neu vermittelt werden muss. Der Schule kommt hier ein wesentlicher Auftrag zu, der auch den Erziehungsauftrag beinhaltet, die Grundrechte zu vermitteln, sie in der Schule erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler als mündige Bürgerinnen und Bürger für eine menschenwürdige, humane Gesellschaft einsetzen.

Für Schulen bestehen zahlreiche Angebote im Bereich der Werte- und Demokratiebildung sowie Extremismusprävention. Unter anderem werden Gedenkstättenbesuche gefördert, das Projekt der Netzwerk-Losten ausgebaut, die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr gestärkt, die Antisemitismusprävention mit verschiedenen Kooperationspartnern intensiviert und die Handreichung zur „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ sowie die Broschüre „Schulpraxis Demokratiebildung“ für hessische Lehrkräfte herausgegeben.

Darüber hinaus hat das HMKB zum Schuljahresbeginn 2024/2025 die Initiative zur Werte- und Demokratiebildung WERTvoll zuerst in den Intensivklassen begonnen und im Laufe des Schuljahres weiterentwickelt. Im Schuljahr 2025/2026 wird WERTvoll auf alle Schulformen und Jahrgangsstufen ausgeweitet. Dieser Schritt wird auch durch die Ergebnisse des Deutschen Schulbarometers 2025 gestützt, in dem sich mehr als die Hälfte der befragten Lehrkräfte ausdrücklich für eine stärkere Demokratiebildung aussprechen. Ziel ist es, jede Schule unter Berücksichtigung ihrer individuellen Voraussetzungen darin zu stärken, gezielt Maßnahmen zur Förderung demokratischer Grundwerte wie Respekt, Toleranz und demokratischem Miteinander umzusetzen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz wie folgt:

Frage 1 An welchen hessischen Schulen kam es zu welchen konkreten Vorfällen?

Bitte für die Jahre 2024 und 2025 nach Anzahl sowie Art der rechtsextremistischen Handlungen aufschlüsseln.

Frage 2 Welche pädagogischen und/oder strafrechtlichen Maßnahmen wurden in den einzelnen Fällen eingeleitet?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Extremistische Vorfälle in der Schule sind von den Schulen unverzüglich auf dem Dienstweg an das jeweils zuständige Staatliche Schulamt zu melden. Wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, hat die Schulleitung nach § 74 Abs. 2 der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses unverzüglich die Schulaufsichtsbehörde zu unterrichten. Diese entscheidet über Maßnahmen und prüft den Sachverhalt dabei auch im Hinblick auf das Erstellen einer Strafanzeige.

Darüber hinaus stehen die Jugendkoordinatorinnen und -koordinatoren der Polizei als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schulen zur Verfügung.

Mögliche schulische Konsequenzen auf die genannten Vorfälle sind pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen auf Grundlage des Hessischen Schulgesetzes und der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses. Sie reichen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit von Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern mit dem Ziel, eine Verhaltensänderung zu erwirken, über einen Ausschluss von besonderen Klassen- oder Schulveranstaltungen sowie vom Unterricht in Wahlfächern und freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen bis hin zu einem Schulverweis. Auf etwaige Vorfälle an Schulen wird in jedem Fall angemessen und konsequent reagiert.

Dem HMKB wurde von den Staatlichen Schulämtern und dem Lagezentrum der Landesregierung im HMdI in den Jahren 2024 und 2025 folgende Anzahl rechtsextrem motivierter Vorfälle gemeldet:

- 2024: 151
- 2025: 62 (Stichtag 30. Juni 2025)

Bei den dem HMKB gemeldeten Fällen handelte es sich zum Beispiel um Schmierereien rechts-extremistischer Kennzeichen im Schulgebäude und auf dem Schulgelände, um öffentliches Zeigen des Hitlergrußes, das Singen rechtsextremistischer Lieder, Strophen oder Parolen oder um Posts mit extremistischen Inhalten in sozialen Medien.

Insgesamt wurden von den genannten Vorkommnissen aus dem Jahr 2024 94 Fälle und aus dem Jahr 2025 bis zum Stichtag 30. Juni 2025 35 Fälle zur Anzeige gebracht.

Die Schulen wurden mittels Schulschreiben im November 2023 und im Februar 2024 dafür sensibilisiert, dass es sich bei antisemitischen und extremistischen Vorfällen um wichtige Vorkommnisse im Sinne der Dienstordnung handelt und diese folglich unverzüglich auf dem Dienstweg an das jeweils zuständige Staatliche Schulamt zu melden sind.

Frage 3 Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit 2024 ergriffen, um Schulen und staatliche Schulämter im Umgang mit (rechts-)extremistischen Vorfällen zu unterstützen?

Frage 4 Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Demokratiebildung und Extremismusprävention an Schulen auszubauen?

Frage 5 Welche präventiven Angebote und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus stehen Lehrkräften und Schulleitungen in Hessen zur Verfügung?

Frage 6 Wie viele Lehrkräfte haben diese präventiven Angebote und Fortbildungen in den Jahren 2024 und 2025 in Anspruch genommen?

Die Fragen 3 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für Schulen bestehen zahlreiche Angebote im Bereich der Extremismusprävention und im Umgang mit extremistischen Vorfällen.

Das Kooperationsprojekt „Netzwerk-Lotsen Antisemitismus-/Extremismusprävention“ des HMKB und des Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI) bildet Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte, Schulpsychologinnen und -psychologen sowie Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter pädagogisch fort und schult sie in den Verlaufsformen der Radikalisierung und der Phänomenologie des Extremismus.

Ein weiterer Präventionsbaustein an Schulen ist das im Landesamt für Verfassungsschutz Hessen angesiedelte Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX). Sein Spektrum an Präventionsmaßnahmen für Schulen umfasst Informationsmaterialien, Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte, Sensibilisierungsveranstaltungen für Eltern, Workshops mit Schulklassen sowie Beratungsleistungen für Lehrkräfte und pädagogische Aufarbeitung mit Schulklassen bei konkreten rechtsextremistischen Vorfällen im schulischen Kontext.

Darüber hinaus werden über das vom Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) verantwortete Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zahlreiche Projekte gefördert. Die sowohl unter staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Trägerschaft geförderten Projekte umfassen Workshops an Schulen, Maßnahmen der Demokratieförderung, der Förderung von Vielfalt und Integration und der politischen Bildung, Präventionsmaßnahmen im Internet, Beratungs- und Bildungsprojekte gegen Antisemitismus, Beratungsangebote für Opfer und Betroffene sowie deren Umfeld sowie Ausstiegs- und Distanzierungsmaßnahmen.

Durch das Landesprogramm werden auch Projekte im Bereich der Rechtsextremismusprävention gefördert, die an Schulen stattfinden. Der Schulungsfilm „RADIKAL“, den das HMdI in Kooperation mit dem HMKB und der Landesanstalt für privaten Rundfunk und Medien herausgegeben hat, thematisiert die Radikalisierungsprozesse in allen relevanten Phänomenbereichen des Extremismus und wurde speziell für die pädagogische Präventionsarbeit mit Jugendlichen konzipiert. Zusätzlich zu dem Film gibt es ein umfassendes Medienpaket für den Einsatz im Unterricht.

Das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ berät hessenweit unter anderem Schulen in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und bietet eine breite Palette präventiver Hilfen an.

Um Lehrkräfte im Umgang mit extremistischen Positionen zu stärken, hat das HMKB unter anderem die Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ für alle hessischen Lehrkräfte herausgegeben. Auch die Broschüre „Schulpraxis Demokratiebildung“ bietet neben Grundlagenwissen vor allem Praxisbeispiele zum Umgang in Schule und Unterricht an.

Schulleitungen und Lehrkräfte können außerdem auf vielfältige Beratungs- und Fortbildungsangebote zurückgreifen. Allein für die Jahre 2024 und 2025 wurden bis zum Stichtag 3. Juli 2025 im Veranstaltungskatalog der Hessischen Lehrkräfteakademie 27 akkreditierte landesweite Fortbildungen für Lehrkräfte mit verschiedenen Schwerpunkten zum Thema „Rechtsextremismus“ veröffentlicht. An den Veranstaltungen, die bis zum 3. Juli 2025 durchgeführt wurden, haben insgesamt 264 Lehrkräfte teilgenommen. Weitere Veranstaltungen finden nach den hessischen Sommerferien 2025 statt.

Darüber hinaus bestehen regionale Angebote. Beispielsweise bot und bietet das Staatliche Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden zusätzliche Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus mit 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in 2024 und bisher 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in 2025 an. Zusätzlich fand zum Beispiel im April 2025 ein Fachtag des Kooperationsprojekts „Netzwerk-Lotsen“ mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Ergänzend wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Frage 7 Wie bewertet die Landesregierung die personelle und finanzielle Ausstattung hessischer Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, z. B. des Demokratiezentrum Hessen, angesichts der deutlich gestiegenen Anfragen von Schulen?

Über das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ werden zahlreiche Präventions- und Interventionsmaßnahmen gegen Extremismus gefördert. Dafür stellt das Land im Jahr 2025 rund 11 Millionen Euro (inklusive weitergeleiteter Bundesmittel in Höhe von 2,2 Millionen Euro) zur Verfügung. Auch für das Jahr 2026 werden – trotz wirtschaftlich herausfordernder Zeiten – wieder Mittel in der bisherigen Größenordnung zur Verfügung gestellt. Dies ist eine klare Prioritätensetzung zu Gunsten der Projekte zur Stärkung der Demokratie.

Frage 8 Welche Handlungsempfehlungen gibt das Kultusministerium Schulen für den Umgang mit rechtsextremen Vorfällen, insbesondere im Hinblick auf die Frage, wann eine Anzeige bei der Polizei erfolgen sollte?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

Frage 9 Inwiefern wird das Thema Rechtsextremismus angesichts der in der Vorbemerkung dargelegten Entwicklung in den Lehrplänen der verschiedenen Schulformen und Jahrgangsstufen hinreichend berücksichtigt?

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist an hessischen Schulen nicht nur einem Fach zuzuordnen, sondern als eine fachübergreifende Aufgabe von Schule zu verstehen. Eine Werte- und Demokratiebildung sowie eine Auseinandersetzung mit Extremismus, der mit diesen Werten

nicht vereinbar ist, begleitet als Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrags die Schülerinnen und Schüler während ihrer gesamten Schullaufbahn, beispielsweise über die Lektüre im Fach Deutsch sowie in den Fremdsprachen.

Frage 10 Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um den Schutz betroffener Schülerinnen und Schüler zu verbessern und ein demokratisches Schulklima nachhaltig zu fördern?

Das HMKB setzt bereits seit vielen Jahren zum Schutz von Schülerinnen und Schülern vor extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen und zur Entwicklung eines demokratischen Schulklimas verschiedene Maßnahmen um. Darüber hinaus werden in der landesweiten Initiative zur Werte- und Demokratiebildung ein demokratisches Schulklima und der Schutz von Schülerinnen und Schülern eine wichtige Rolle einnehmen.

Ergänzend wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Wiesbaden, 31. Juli 2025

Armin Schwarz